

100 JAHRE FRAUEN- WAHL- RECHT

Eine Initiative der Länder
Tirol und Vorarlberg zur Förderung der
Gleichstellung von Frauen und Männern.



INHALT

01 Vorwort

03 KAPITEL 1 »WIR HABEN SCHON VIEL ERREICHT«

04 > Frauen in Regierungsverantwortung <

Interview mit den Landesrätinnen Gabriele Fischer (Tirol)
und Katharina Wiesflecker (Vorarlberg)

10 > Ringen um das Frauenwahlrecht < Frauenpolitische Errungenschaften von 1848 bis 1918

17 > Das Frauenwahlrecht in Europa < Länderübersicht

18 > Share your experience < Erfahrungen

21 KAPITEL 2 »WIR BAUEN AUF STARKE FRAUEN«

22 > Ungleich, aber gleichwertig < Interview mit Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot

26 > 100 Jahre Frauenwahlrecht < Meilensteine in der Frauenpolitik ab 1918

34 > Share your experience < Erfahrungen

37 KAPITEL 3 »ES DÜRFEN RUHIG NOCH MEHR WERDEN«

38 > Das sagen die Jungen < Neuer Feminismus oder Rückschritt?

42 > Share your experience < Erfahrungen

44 > Regional, kommunal, feminin <

Sieben Thesen von Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle

IMPRESSUM

Medieninhaber/Herausgeber:

Amt der Tiroler Landesregierung, Abt. Gesellschaft und Arbeit

Meinhardstraße 16, 6020 Innsbruck; www.tirol.gv.at/frauen

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abt. Gesellschaft, Soziales und Integration – Referat

für Frauen und Gleichstellung, Römerstraße 15, 6900 Bregenz; www.vorarlberg.at/frauen

Redaktion und Produktion: „Welt der Frau“-Corporate Print; www.welt-der-frauen.at

Druckerei: Tiroler Repro Druck GmbH, Valiergasse 40, A-6020 Innsbruck

Auflage: 500 Stück; DVR: 0059463, 0058751

Juni 2019



100 Jahre Frauenwahlrecht: Landesrätin Gabriele Fischer (links) und Landesrätin Katharina Wiesflecker leiten als zuständige Politikerinnen der Länder Tirol und Vorarlberg das Jubiläumsjahr 2018 ein.

› FRAUEN IN POLITIK UND GESELLSCHAFT: WIR BLEIBEN DRAN! ‹

100 Jahre Frauenwahlrecht sind Anlass, die politische Teilhabe von Frauen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir wollen besonders den jungen Frauen Mut machen, politische Verantwortung zu übernehmen und sich auch in politischen Funktionen zu engagieren.

Im November 1918, mit der Gründung der Ersten Republik, erhielten Frauen in Österreich das aktive und passive Wahlrecht. Nach jahrzehntelangem Kampf wurde schließlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Menschen ohne Unterschied des Geschlechtes in Österreich eingeführt. 1919 waren Frauen zum ersten Mal wahlberechtigt.

Seitdem sind Frauen in Parlamenten und Regierungen vertreten – allerdings nicht im gleichen Ausmaß wie Männer. Im Vorarlberger

Landtag beträgt der Frauenanteil 30,5 Prozent (Stand 31. Jänner 2018). Unter den sieben Mitgliedern der Vorarlberger Landesregierung sind seit 2009 zwei Frauen (Frauenanteil: 28,6 Prozent).

Dort, wo die Politik den Menschen am nächsten ist – auf Gemeindeebene – ist der Frauenanteil am niedrigsten. In Tirol gibt es knapp sechs Prozent Bürgermeisterinnen (17 Bürgermeisterinnen von insgesamt 179) und der Frauenanteil in den Gemeinderäten beträgt 20 Prozent.

Eine Wanderausstellung begleitet 2018 und 2019 Veranstaltungen rund um die Geschehnisse von der Einführung des Frauenwahlrechts bis heute. In der vorliegenden Broschüre sind die Meilensteine der letzten 100 Jahre aufgezeigt, und engagierte Frauen kommen zu Wort.



KAPITEL 1

**› WIR HABEN
SCHON VIEL
ERREICHT‹**

›FRAUEN IN REGIERUNGS- VERANTWORTUNG‹

INTERVIEW

Das Frauenwahlrecht in Österreich ist jetzt ein ganzes Jahrhundert alt. Bemühungen um Frauenrechte gab es in jedem der neun Bundesländer. Für Tirol und Vorarlberg blicken die Landesrätinnen Gabriele Fischer und Katharina Wiesflecker zurück in die Vergangenheit, gestatten Einblicke in ihre politische Arbeit und geben einen Ausblick auf das, was noch zu tun bleibt in Sachen Gleichstellungspolitik.

1918 wurde das Frauenwahlrecht in Österreich eingeführt. Warum ist es heute - 100 Jahre danach - wichtig, auf die Erlangung dieses Rechts aufmerksam zu machen?

Gabriele Fischer: Die Einführung des Frauenwahlrechts war ein Meilenstein. Damit wurde es Frauen ermöglicht, an Entscheidungen von gesellschaftspolitischer Relevanz mitzuwirken und somit auch ihre ganz persönliche Lebensgestaltung zu beeinflussen und zu verändern. Das Frauenwahlrecht ist allerdings nur ein - freilich wesentlicher - Teil auf dem Weg zur Gleichstellung. Denn die Gleichberechtigung von Frauen und

Männern ist zwar verfassungsmäßig verankert, doch bis zur faktischen Gleichstellung ist es noch ein langer, steiniger Weg. Dabei ist es vonnöten, immer wieder auf die offensichtlichen und versteckten Ungleichheiten hinzuweisen. Es gilt, das Erreichte zu feiern und auf die noch ausstehenden To-dos aufmerksam zu machen.

Als Startpunkt des Kampfes ums Frauenwahlrecht wird häufig das Revolutionsjahr 1848 genannt. Umgesetzt wurde die Forderung in Österreich 1918 - also 70 Jahre später. Wie schnell, langwierig, einfach oder mühsam empfinden Sie es in Ihrer Position als Mitglied der Landesregierung, gleichstellungspolitische Ideen zu realisieren?

Katharina Wiesflecker: Natürlich sind solche Prozesse oft langwierig und man braucht für die unterschiedlichen Vorhaben einen langen Atem und viel Ausdauer. Wir messen seit einigen Jahren jährlich anhand von 30 Indikatoren für die Gleichstellung von Frauen und Männern, inwieweit wir im Erreichen von gleichstellungspolitischen Zielen vorankommen. In manchen Bereichen gelingen gute Fortschritte, wie zum Beispiel bei der Erhöhung des Frauenanteils in der Führungsebene im Landesdienst und vor



allen auf der Expertinnen- und Expertenebene. In manchen Bereichen erfolgen Fortschritte, aber eben nur Schritt für Schritt, zum Beispiel beim Anteil der Frauen in Gemeindevertretungen. Im dritten Bereich reden wir von „kontinuierlicher Stagnation“, das heißt, in diesen Bereichen gelingen kaum Fortschritte. Hier ist vor allem der Gender Pay Gap zu nennen – die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen.

—
Vorarlberg weist österreichweit die größte Differenz zwischen Männern und Frauen auf. Was führt hier speziell zu diesem Einkommensunterschied?

Wiesflecker: Bei uns sind wegen der Grenz Nähe zur Schweiz Männergehälter traditionell höher. Fraueneinkommen werden oft als „familiäres Zubrot“ gesehen. Es muss daher auf allen Ebenen angesetzt werden: beim raschen und leistbaren Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschule, bei der Bewertung der Arbeit, vor allem in den Branchen, in denen vorwiegend Frauen arbeiten. Und auch beim Angebot von flexiblen Arbeitszeiten, die es Männern und Frauen erlauben, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Wir müssen außerdem bezahlte und unbezahlte Arbeit gerecht aufteilen. Und: Frauen brauchen

DIⁱⁿ Gabriele Fischer ist seit März 2018 Mitglied der Tiroler Landesregierung. In ihre Zuständigkeit fallen u. a. Frauenpolitik, Soziales, Flüchtlingswesen, Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, Stiftungs- und Fondswesen, Kinder- und Jugendhilfe und Integration.

Role-Models in allen Bereichen. Es gilt, traditionelle Rollenbilder kritisch zu hinterfragen und zu überwinden.

—
Rückblickend auf die Geschichte der Frauenbewegungen: Frau Landesrätin Fischer, gibt es eine Person, die Sie sich zum Vorbild genommen haben? Und was können wir heute von den Pionierinnen lernen?

Fischer: Eine Frau, die ich sehr bewundere, ist Marthe Gosteli. Als Bauerntochter geboren, wurde sie zur Vorreiterin der schweizerischen Frauenbewegung im Kampf um das Frauenstimmrecht. Was mich so beeindruckt, ist das zivilgesellschaftliche Engagement, das sie zeitlebens an den Tag legte. Als Mitglied der Frauenbewegung, als Präsidentin des bernischen Frauenstimmrechtsvereins und

Vizepräsidentin des Bundes Schweizerischer Frauenorganisationen sowie als Gründerin der Gosteli-Foundation kämpfte sie unermüdlich für die Gleichstellung der Frauen. Sie ist Vorbild für alle folgenden Generationen von Frauen und zeigt, wie es geht: Eine Gesellschaft kann nur verändert werden, wenn es von unten nach oben passiert, sprich wenn es die Basis ist, die Politik verändert.

Im Jahr 2000 startete auf Initiative des Referats für Frauen und Gleichstellung der Vorarlberger Landesregierung das überparteiliche „Frauennetzwerk“, in dem nun landesweit über 90 Frauen aktiv sind. Frau Landesrätin Wiesflecker, wie nehmen Sie dieses Projekt wahr?

Wiesflecker: Dieses Konzept hat Zukunft, da wünsche ich mir weiterhin viel Engagement. Ein Erfolgsfaktor ist die Organisationsstruktur, denn die verbindet drei Handlungsebenen miteinander: die Landesebene, die regionale und die kommunale Ebene. Die Bilanz der letzten 17 Jahre zeigt, dass Gleichstellungsarbeit genau dort wirkt, wo die Frauen leben: in der Gemeinde. Wir wissen, dass an der Basis die kritischen und vermutlich auch brennenden Themen beheimatet sind. Mein Bestreben ist es daher, die Gemeindemandatarinnen, beziehungsweise Gemeindevertreterinnen in diese Arbeit ganz bewusst immer wieder miteinzubeziehen. Es gibt für die Frauensprecherinnen noch viel zu tun. Sie sind „Botschafterinnen“; sie übernehmen oft die Aufgabe, gute Ideen sichtbar zu machen, sie zeigen auf, was notwendig zu tun ist und weisen immer wieder darauf hin, dass Frauen die Hälfte der Menschheit sind.

Innsbruck hat den Vorteil, eine Universitätsstadt zu sein. Seit 2010 wird hier das inter-fakultäre Masterstudium „Gender, Kultur und Sozialer Wandel“ angeboten. Wie gestaltet sich in diesem Bereich der Austausch zwischen Forschung und Politik?

› Es gilt, Rollenbilder kritisch zu hinterfragen und zu überwinden. Frauen brauchen Role-Models in allen Bereichen. ‹

Katharina Wiesflecker
Landesrätin für Frauen, Vorarlberg

Fischer: Entscheidungen der Politik müssen aus meiner Sicht auch wissenschaftlich fundiert sein. Als Frauenlandesrätin bin ich dankbar für Inputs und Anregungen von verschiedensten Seiten, um der Gleichstellung von Frauen näher zu kommen. Aus diesem Grund empfinde ich auch die Arbeit des Masterstudiums „Gender, Kultur und Sozialer Wandel“ als sehr wertvoll und bereichernd.

Frau Wiesflecker, als Landesrätin sind Sie unter anderem für das Frauenressort zuständig. Wann und aus welchen persönlichen Erfahrungen heraus wurden Gleichstellungsfragen in Ihrem Leben präsent?

Wiesflecker: Ich hatte das Glück in einem Elternhaus aufzuwachsen, in dem das Bewusstsein vorherrschte, dass jeder und jede – egal ob Tochter oder Sohn – eine Berufsausbildung oder die Matura abschließen sollte. Obwohl wir zu Hause vier Kinder waren, lebten mir beide Elternteile Berufstätigkeit vor, und es war bei uns klar, dass man als erwachsene Person imstande sein muss, finanziell auf eigenen Füßen zu stehen. Das war sicherlich eine prägende Sozialisierung für mich. Später erlebte ich natürlich auch in unterschiedlichen Kontexten ungleiche Behandlung. Im Laufe der Zeit, vor allem auch in meiner langjährigen Tätigkeit bei den Grünen, wuchs die Sensibilisierung.

Geschlechterthemen werden in Boulevardmedien gerne als „Genderwahn“ abgetan und auch zwischen Parteien sehr kontrovers und

emotional diskutiert. Was macht die Kritik an Geschlechternormen derart zum Zankapfel?

Wiesflecker: Geschlechtergerechte Sprache erhitzt oft die Gemüter. Sprache ist ein Abbild unserer Realität: Frauen sind oft nur mitgemeint. Da zeigt sich, dass noch immer keine Gleichstellung vorhanden ist. Sexistische Darstellungen finden sich in unserer unmittelbaren Umgebung, auf öffentlichen Plätzen, in und an Gebäuden, auf Straßen, eben dort, wo sich Menschen permanent aufhalten. Durch sie werden Frauen weiter in ihrer unterlegenen Position gehalten. Weil sie omnipräsent sind, haben wir diese ungleichen Bilder und sprachlichen Gewohnheiten verinnerlicht. Wenn sie kritisiert werden, trifft das die Menschen auch persönlich. Sexistische Werbung umfasst eine große Bandbreite an Darstellungen und reicht von sexualisierten Bildern über die Reduktion von Frauen auf ihren Körper bis zu klischeehaften Rollen. Das kann sowohl Männer als auch Frauen betreffen. Tatsächlich werden überwiegend Frauen in sexualisierter, klischeehafter oder abwertender Weise dargestellt.

Frau Landesrätin Fischer, Sie waren fast 20 Jahre ehrenamtlich im „Elternverein Kinderklinik“ aktiv und haben dafür auch eine Auszeichnung des Tiroler Frauenvereins Lilie erhalten. Welche Funktion erfüllt

Ehrenamt für das politische und gesellschaftliche Leben in Tirol?

Fischer: Wie es bereits das Leben und Engagement von Marthe Gosteli zeigt: Eine unabhängige, lebendige, aktive und kritische Zivilgesellschaft ist Ausdruck einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft. Sie fördert die politische Auseinandersetzung um die besten Lösungen, stößt Veränderungsprozesse an und übt eine wichtige Kontrollfunktion aus. Nicht zuletzt dient das Zivilengagement der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das freiwillige und unentgeltlich geleistete Engagement ist ein unverzichtbares Kernelement unserer Gesellschaft.

Nur zwei von den sieben Regierungsmitgliedern in Vorarlberg sind Frauen, im Landtag liegt der Frauenanteil bei einem Drittel. Nehmen Sie als Teil der Regierung in diesem Kontext eine „männliche“ Organisationskultur wahr?

Katharina Wiesflecker ist seit Oktober 2014 für die Grünen in der Vorarlberger Landesregierung für die Agenden Soziales, Frauen, Pflege, Kinder- und Jugendhilfe sowie Kleinkindbetreuung verantwortlich.





Für Landesrätin Katharina Wiesflecker sind Frauenrechte nicht verhandelbar. Es sind Menschenrechte, sie gehören zur Demokratie. Wichtig erscheint ihr, dem internationalen Frauentag solidarisch zu begegnen.

Wiesflecker: Wenn man/frau Beruf und Familie verbinden will, erlebe ich, dass Politik generell nicht familienfreundlich ist. Das heißt, in meiner Funktion stellt die „Organisationskultur“ die Anforderung, viel Zeit für die Politik zur Verfügung zu stellen und sehr belastbar zu sein. Darüber hinaus funktionieren eher Mechanismen, die mit Machtpositionen in Verbindung stehen, wenn zum Beispiel der Landeshauptmann ruft, muss man/frau zur Verfügung stehen. Das trifft aber die männlichen Kollegen genauso.

Nach fünf Jahren im Tiroler Landtag sind Sie, Frau Fischer, nun Teil der Landesregierung. Wie herausfordernd ist der Alltag als Politikerin?

Fischer: Allen voran ist mein Alltag sehr spannend. Ich habe mit den verschiedensten Menschen und den unterschiedlichsten Themenbereichen zu tun. Da kommt keine Langeweile auf. Herausfordernd ist vor allem die zeitliche „Eintaktung“: Ich versuche, mir zwischen den Terminen einige Verschnaufpausen zu gönnen, allerdings hat ein Tag nun mal nur 24 Stunden. Besonders als alleinerziehende Mutter von zwei Kindern, mit denen man natürlich so viel Zeit wie möglich verbringen möchte, bedeutet dies, sparsam mit der verblei-

benden Zeit abseits der Termine umzugehen. Ich muss zugeben, dass die sogenannte „Ich-Zeit“ dabei das erste ist, was auf der Strecke bleibt.

Welche Möglichkeiten im Sinne der Gleichstellung bietet das Amt der Landesrätin, in welchen Bereichen ist es schwer, Maßnahmen zu setzen?

Fischer: Im Regierungsprogramm 2018-2023 hat sich die Tiroler Landesregierung dazu bekannt, dass Chancengleichheit erreicht, Teilhabe ermöglicht und Selbstbestimmung von Frauen als Selbstverständlichkeit begriffen werden soll. Ziel ist es, Ungleichheiten weiter abzubauen und Diskriminierungen zu bekämpfen. Wir wollen den politischen Rahmen so stecken, dass eine individuelle Lebensplanung ermöglicht wird und dass Erwerbs- und Familienleben keinen Widerspruch darstellen – weder für Frauen noch für Männer. Gleichzeitig haben wir uns vorgenommen, die Ungleichheiten im Berufsleben einzuebnen. Dazu gehört die Förderung von Frauen in Führungspositionen genauso wie die Sichtbarmachung von Frauenleistungen für die Gesellschaft. Wir haben für diese Ziele ein umfangreiches und konkretes Maßnahmenbündel vereinbart, das mir eine sehr

gute Basis bietet, als Frauenlandesrätin viele Schritte, hin zu einer Verbesserung der weiblichen Lebenswelt, zu setzen.

Der diesjährige 8. März steht im Zeichen des Wahlrechts-Jubiläums; mittlerweile gibt es für Frauen Rabatte, Glückwünsche und Blumen zu diesem Anlass. Woran denken Sie am internationalen Frauenkampftag?

Wiesflecker: Ich bin mir nicht sicher, ob wir von einem Frauenkampftag sprechen müssen. Klar ist, dass Frauenrechte nicht verhandelbar sind. Es sind Menschenrechte, sie gehören zur Demokratie. Wichtig erscheint mir, dem internationalen Frauentag weltweit solidarisch zu begegnen. Solange Gleichstellung nicht wirklich durchgesetzt ist, gilt es an Tagen wie diesen festzuhalten, was einerseits erreicht wurde, und andererseits darauf hinzuweisen, wie viel Arbeit noch vor uns liegt, auf der individuellen, betrieblichen, institutionellen und vor allem der gesellschaftspolitischen Ebene.

Wie beurteilen Sie die Haltung junger Frauen gegenüber Gleichstellung und Feminismus - findet ein Backlash statt, oder ist es cool, Feministin zu sein?

› Wir wollen, dass Erwerbs- und Familienleben keinen Widerspruch darstellen. ‹

Gabriele Fischer
Landesrätin für Frauen, Tirol

Fischer: Wenn ich mir die vorliegende Broschüre ansehe, begeistern mich vor allem die Portraits der jungen Frauen, die mir Hoffnung und Ansporn geben. Die jüngere Generation der Frauen und Mädchen denkt frei und lässt sich nicht mit irgendwelchen Labels versehen - dazu gehören auch Titel wie Feministin oder Emanze. Aber das, was sie tun, um ihr Umfeld, die Gesellschaft oder auch die Politik zu verändern, ist durchaus ein Kampf für mehr Frauenrechte. Ich sehe daher keinen Rückschritt, sondern einfach eine Veränderung bei der Wahl ihrer Mittel, um frauenpolitische Forderungen zu artikulieren und umzusetzen. /

Für Landesrätin Gabriele Fischer war die Einführung des Frauenwahlrechtes ein Meilenstein. Doch es gibt noch viel zu tun. Umso mehr begeistert sie das Engagement junger Frauen für mehr Frauenrechte.



›RINGEN UM DAS FRAUEN- WAHLRECHT‹

1848–1918

Der Kampf um das Frauenwahlrecht von 1848 bis 1918 hat viele frauenpolitische Errungenschaften auf den Weg gebracht und war wesentliche Grundlage für die Anerkennung von gesellschaftlichen und politischen Rechten für Frauen. Das allgemeine Wahlrecht ist ein Meilenstein im Ringen um Chancengleichheit. Frauen unterschiedlicher Herkunft haben lange, aber schließlich erfolgreich dafür gekämpft.

Die Erlangung des Frauenwahlrechts 1918 steht am Ende eines steinigen Wegs mit vielen Rückschlägen – und ist dem unermüdlichen Kampf von mutigen, visionären und beharrlichen Frauen auf der ganzen Welt zu verdanken. Dieses gemeinsame Ziel hat zur internationalen Vernetzung von Frauen und zu einer Solidarisierung geführt, die teilweise auch Klassenunterschiede, ideologische und religiöse Grenzen überwinden konnte.

1848: Die Revolution bringt Frauen auf die Barrikaden

Der Ausgangspunkt für diesen Kampf in der Habsburgermonarchie liegt im Revolutionsjahr 1848. Erstmals werden im Zuge der bürgerlich-demokratischen revolutionären Bewegung auch Stimmen von unzufriedenen Frauen laut, sie gehen gemeinsam mit den Männern auf die Straße und fordern auch für sich bessere Arbeitsbedingungen sowie demokratische Grundrechte. Die Revolution rüttelt an den Grundfesten der Monarchie, an den eingefahrenen Strukturen der etablierten politischen Systeme Europas. Das liberale Bürgertum, das wie weite Teile

Foto: ÖNB-Bildarchiv

1848



Erstes frauenbewegtes Engagement im Zuge der bürgerlichen Revolution. Die Aufbruchsstimmung führt zur Gründung des ersten Frauenvereins.

1866

Gründung des Wiener Frauenerwerbsvereins, der wirtschaftlich in Not geratene Frauen unterstützt und sie auf das Berufsleben vorbereitet.

der Bevölkerung im absolutistischen Kaiserstaat keine Mitbestimmungsrechte besitzt, fordert Teilhabe an den politischen Entscheidungsprozessen. In dieser Stimmung stellt sich auch die Frage der Beteiligung von Frauen an der Politik. Im Zuge dieser sogenannten Märzrevolution von 1848 bilden sich die notwendigen Strukturen für einen bürgerlichen Staat, eine Verfassung und ein Parlament. Es wird ein zumindest teilweises Wahlrecht für Männer erzwungen. Die 1849 erlassene Gemeindewahlordnung unterscheidet nicht nach Geschlechtern, das Stimmrecht basiert vielmehr auf Steuerleistung. So haben – wenige – privilegierte Frauen vorübergehend das Wahlrecht. Sie dürfen aber nicht persönlich wählen, sondern müssen sich von einem Mann – meist dem Ehemann – bei der Wahl vertreten lassen. In Innsbruck sind besitzende Frauen zwischen 1849 und 1874 bei Kommunalwahlen zugelassen. Danach wird diese „Gesetzeslücke“ geschlossen. In Vorarlberg sind Lehrer als sogenannte Intelligenzwähler

beim Gemeindevorstand und dem Landtag wahlberechtigt. Die Dornbirner Lehrerin Katharina Huber fordert 1897 auf rechtlchem Wege ihre Zulassung zur Wählerliste ein. Als Argument für ihren Anspruch auf das Wahlrecht stellt sie fest, dass sie „ihre Eignung für das Lehramt gleich dem Lehrer durch dieselben Studien und ebenso viele Prüfungen erbringen muß“. Dieses Aufbegehren bleibt jedoch erfolglos. Als 1889 in der niederösterreichischen Gemeindewahlordnung das Zensuswahlrecht für Frauen eingeschränkt werden soll, wird dies österreichweit zur Initialzündung im Kampf um das Frauenwahlrecht: Die Lehrerinnen Auguste Fickert und Marie Schwarz gründen ein „Comité in Angelegenheiten des Frauenstimmrechts“, eine erste politische Frauenversammlung findet statt, und eine Petition wird gestartet.



Die Pädagogin Marie Schwarz ist 1889 eine der Gründerinnen eines „Comité in Angelegenheiten des Frauenstimmrechts“.

Erste Netzwerke: Die Gründung der ersten Frauenvereine

Bereits in der Aufbruchsstimmung von 1848 ist der

1878

Mit der ersten Mutterschutzregelung gilt ein Beschäftigungsverbot für bis zu drei Wochen nach der Geburt. Viele Frauen arbeiten aber auch in dieser Zeit, weil sie nicht auf den Lohn verzichten können.

Mädchen können als Externistinnen die Matura an einem Knabengymnasium ablegen, Vorlesungen an der Universität dürfen sie nur als Gasthörerinnen besuchen.

Im Mai 1911 hält der „Bund Österreichischer Frauenvereine“ seinen Bundestag ab – die Frauen versammeln sich zum Gruppenfoto vor der Wiener Handelskammer.



erste „Wiener demokratische Frauenverein“ gegründet worden, der den Beginn der Frauenbewegung in Österreich markiert. Zu dessen Forderungen gehört die Förderung und Verbreitung der Demokratie und der Zugang zu Bildung. Die Aktivitäten des Vereins sind aber nur von kurzer Dauer: Nach der Niederschlagung der bürgerlichen Revolution wird das Kriegerrecht verhängt und alle Vereine, die sich im Zuge der Revolution gegründet haben, werden wieder aufgelöst. 1867 wird der Ausschluss von Frauen aus politischen Vereinen gesetzlich festgeschrieben:

„Ausländer, Frauenspersonen und Minderjährige“ dürfen an politischen Vereinen nicht teilnehmen. Dieser Paragraph wird bis 1918 bestehen bleiben. Trotz dieses kräftigen Gegenwinds entstehen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zahlreiche Frauenvereine, die sich großteils der Verbesserung von Bildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen verschreiben. Eine fundierte Schulbildung, Mädchengymnasien und damit die Möglichkeit zur Absolvierung der Matura, der Zugang zu Bildungseinrichtungen und somit bessere Berufschancen sollen zu einer

gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft führen und die Selbstbestimmung fördern. Das Frauenwahlrecht wird in den Forderungen oft hintangestellt. Einige Frauenvereine „tarnen“ sich als Wohltätigkeitsvereine, widmen sich aber auch gesellschaftspolitischen Fragen. Der „Allgemeine Österreichische Frauenverein“, der 1893 im Zuge der Wahlrechtsdiskussion um den Ausschluss von Frauen im niederösterreichischen Landtags- und Gemeindevahlrecht gegründet wird, ist der erste österreichische Frauenverein, der dezidiert politische Ziele verfolgt.

Fotos: ÖNB/Bildarchiv, Wikimedia, Unless Vienna

1890

Der tschechische Frauenverein Minerva eröffnet das erste private Mädchengymnasium der Habsburgermonarchie.

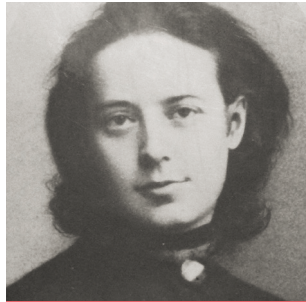
1893



Mit dem „Allgemeinen Österreichischen Frauenverein“ wird der erste dezidiert politische Frauenverein gegründet.

Der Weg zum Wahlrecht

Nach unermüdlichem Kampf und vielen Rückschlägen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts scheint es zu Beginn des neuen Jahrhunderts berechnete Hoffnung auf ein Frauenwahlrecht zu geben. Durch die steigende Erwerbstätigkeit sind Frauen auch in den politischen Parteien und den Gewerkschaften stärker vertreten. Frauen sind als Unternehmerinnen und vor allem als Arbeiterinnen in Industriebetrieben schon seit dem 19. Jahrhundert Teil des Wirtschaftslebens. Auch Männer dürfen am Anfang des 20. Jahrhunderts nach wie vor nur im Rahmen des Kurienwahlrechts wählen. Die russische Revolution von 1905, in deren Folge in Russland den Männern allgemeines Wahlrecht zugestanden wird, entfacht auch in Österreich den Kampf um das allgemeine Wahlrecht. Allerdings sind die politischen Lager unverrückbar positioniert: Während die liberalen Frauenvereine auch das Frauenwahlrecht einfordern, beugen sich die sozialdemokratischen Frauen



› Wir streben nicht blindlings das Frauenwahlrecht an, sondern in klarer Erkenntnis, dass das Wahlrecht MACHT ist. ‹

Marianne Hainisch
Begründerin des
„Bundes österreichischer
Frauenvereine“

der Parteiräson: Die Priorität liegt nun auf der Erlangung des allgemeinen Männerwahlrechts. Die Christlichsozialen sind generell gegen die Einführung des Frauenwahlrechts. Die Forderung eines Frauenstimmrechts ist in der Zwischenzeit zu einem internationalen Thema geworden: 1904 findet in Berlin die zweite Internationale Frauenstimmrechtskonferenz statt, auf der der „Weltbund für Frauenstimmrecht“ gegründet wird, die „International Woman Suffrage Alliance“. In Österreich formiert sich 1905 ein Frauenstimmrechtskomitee, das Kundgebungen organisiert, Unterschriften sammelt und eine Resolution formuliert, die 1906 an Ministerpräsident Paul Gautsch von Frankenthurn und die Parlamentspräsidenten übergeben wird. Die Antwort der Politiker: Die Zeit sei noch nicht reif.

Erfolg und Rückschlag zugleich: Das allgemeine Männerwahlrecht

Im Dezember 1906 wird im Reichsrat beschlossen, dass

1896

Frauen können die Matura an ausgewählten Gymnasien ablegen und sind damit zum Hochschulstudium (an philosophischen Fakultäten) berechtigt.

1902

Unter der Führung der bürgerlich-liberalen Frauenrechtlerin Marianne Hainisch wird mit dem „Bund österreichischer Frauenvereine“ (BÖFV) eine erste Plattform für bestehende Frauenvereine etabliert.



„Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ lautet der Slogan für den Internationalen Frauentag im Jahr 1914.

Männer das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht erhalten sollen. Die Frauen gehen leer aus und verlieren sogar noch jene wenigen Stimmrechte, die sie bisher innehatten. Das Parlament argumentiert seine Entscheidung damit, „dass bisher in allen Staaten Europas, in denen das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, die Frauen unberücksichtigt blieben und dass es sehr bedenklich wäre, gerade in Österreich im Zeitpunkte einer tiefgreifenden politischen Evolution den Versuch, die Frauen zur Teilnahme am politischen Leben heranzuziehen, zu unternehmen.“ Als Reaktion beantragt noch am Silvestertag 1906 das Frauenstimmrechtskomitee die Gründung eines Frauenstimmrechtsvereins, das Innenministerium lehnt eine Bewilligung ab. Am 26. Jänner 1907 schließlich tritt das Wahlrecht für Männer in Kraft.

Internationaler Frauentag

Die Sozialdemokratinnen steigen nach der Einführung

des Männerwahlrechts wieder intensiv in den Kampf ums Frauenwahlrecht ein und nutzen dafür auch ihre internationale Vernetzung.

Auf der zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im August 1910 wird auf Vorschlag der deutschen Sozialistin Clara Zetkin ein jährlicher „Frauenkampftag“ eingeführt. Im folgenden Jahr, am 19. März 1911, findet er zum ersten Mal in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und in den USA statt.

Seit 1921 wird der Internationale Frauentag am 8. März begangen. Die Wahl dieses Datums bezieht sich auf ein anderes historisches Ereignis: Die kommunistischen Arbeiterdemonstrationen in St. Petersburg am Beginn der russischen Februarrevolutionen am 23. Februar 1917. Nach gregorianischem Kalender ist das der 8. März.

Das Frauenwahlrecht ist die zentrale Forderung der ersten Frauentage und ihrer Versammlungen und Demonstrationen. Daneben werden

1911

In Österreich, Dänemark, Deutschland, der Schweiz und den USA wird der erste Internationale Frauentag begangen.

1914-1918

Erster Weltkrieg: Da die Männer im Kriegsdienst sind, halten die Frauen das wirtschaftliche Leben aufrecht. Die kriegsbedingte Not und Armut trifft an der „Heimatfront“ vor allem Frauen.



Anlässlich des
Frauenwahlrechtstages
im März 1911 demonstrieren
15.000 Frauen auf der
Wiener Ringstraße.

verbesserte Lebensbedingungen für Frauen gefordert: Kinder- und Mutterschutz, mehr soziale Einrichtungen, Arbeitsschutzgesetze, Mindestlöhne, der Acht-Stunden-Tag. Man spricht bereits von „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“, eine Forderung, die bis heute unerreicht ist.

Der Erste Weltkrieg und seine Auswirkungen

Noch im Juni 1913 findet in Wien eine internationale Frauenstimmrechtskonferenz statt. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 verändert

jedoch die Situation grundlegend. Er unterbricht die internationalen Beziehungen zwischen den Frauenrechtlerinnen, die Frauenvereine haben nun andere Prioritäten. Sie unterstützen von der sogenannten „Heimatfront“ aus den Kriegsdienst oder engagieren sich für den Frieden. Der Weltbund für Frauenstimmrecht organisiert 1915 einen internationalen Frauenfriedenskongress im holländischen Den Haag, den 1.200 Delegierte aus zwölf Ländern besuchen und auf dem Demokratie und Gleichberechtigung als Voraussetzungen für eine

friedliche Weltordnung benannt werden. Darüber hinaus kommt es zu keiner internationalen Vernetzung während des Krieges. Durch die angespannte politische Situation ist an eine Änderung des Wahlrechts vorerst nicht zu denken.

Auch wenn Frauen offiziell nach wie vor nicht am politischen Geschehen teilnehmen dürfen, sind sie im Alltag so präsent wie noch nie. Da die Männer im Krieg sind, halten die Frauen das wirtschaftliche und administrative Leben aufrecht.

In Schwaz protestieren Tabakarbeiterinnen in den Jahren

1917

Der Wöchnerinnen-schutz wird auf sechs Wochen ausgeweitet.

1918



Frauen erhalten Zugang zu allen Fakultäten der Universität, mit Ausnahme der Katholisch- bzw. Evangelisch-Theologischen Fakultät.



Bei der ersten Nationalratswahl der neuen Republik 1919 ist es soweit: Erstmals können auch Frauen ihr Wahlrecht ausüben.

1917/18 gegen die mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln und die repressive Betriebsleitung. Dies gipfelt in kollektiver Arbeitsverweigerung und Tumulten in der Fabrik.

Generell übernehmen Frauen administrative Tätigkeiten in den Ämtern, arbeiten in öffentlichen Berufen, wie etwa als Straßenbahnfahrerinnen, und werden so in der Öffentlichkeit immer sichtbar. Am Ende des Krieges sind Frauen aus vielen Bereichen der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Dies hat Folgen: Obwohl während der Kriegszeit keine politische Partei das Frauenstimmrecht explizit fordert, spricht sich 1918 die Mehrheit ihrer Vertreter für die Einführung des Frauenwahlrechts aus.

Das Frauenwahlrecht wird eingeführt

Der 12. November 1918 – der Tag der Ausrufung der Republik – ist schließlich auch der Tag, für den Aktivistinnen so viele Jahrzehnte gekämpft hatten: Das allgemeine,

gleiche, direkte und geheime Verhältniswahlrecht „aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes“ wird im Artikel 9 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform verankert.

Das aktive Wahlrecht wird ab dem 20. Lebensjahr, das passive Wahlrecht ab dem 29. Lebensjahr gesetzlich festgelegt. Mit einer Einschränkung: Prostituierte sind noch bis 1923 vom Wahlrecht ausgeschlossen. Zwischen 1920 und 1930 werden bei den Wahlen verschiedenfarbige Kuverts für Männer und Frauen verwendet – zur Beobachtung des Wahlverhaltens von Frauen.

Österreich gehört damit nach den nordischen Staaten zu den ersten Ländern in Europa, die das Frauenwahlrecht einführen. Das Erlangen des Wahlrechts ist zweifelsohne ein Meilenstein für die Frauenpolitik. Zugleich aber ist es der Beginn eines noch längeren Weges zur gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, der bis heute nicht zu Ende ist. /

1918

Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Verhältniswahlrecht „aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes“ wird im Artikel 9 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform verankert.

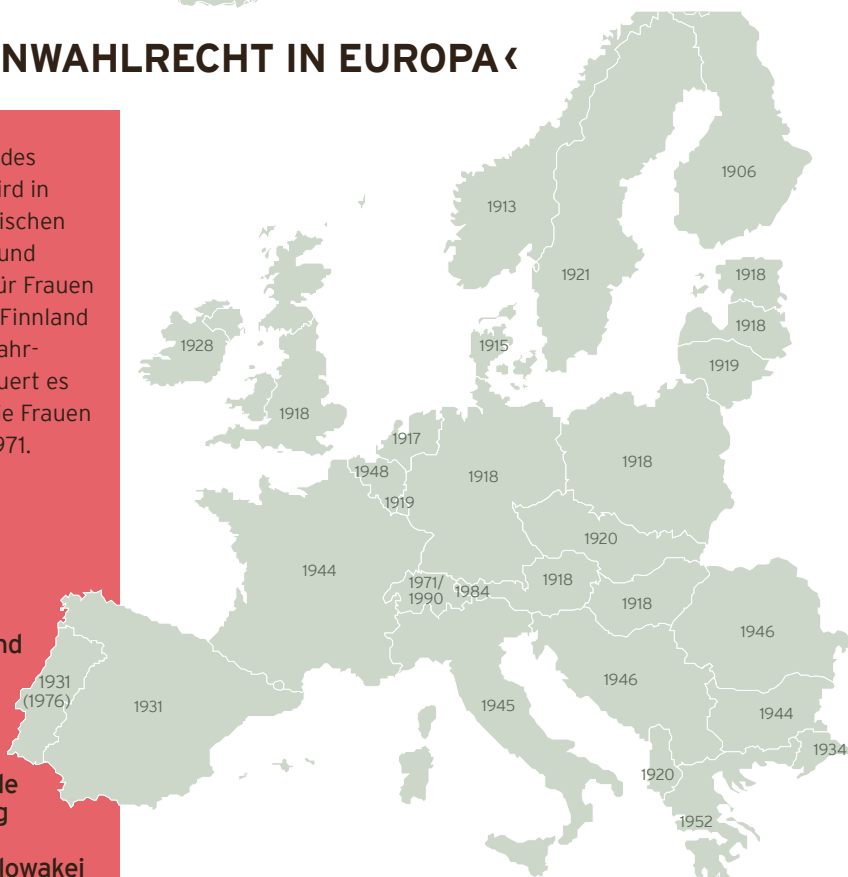


› WIR HABEN SCHON VIEL ERREICHT ‹

› DAS FRAUENWAHLRECHT IN EUROPA ‹

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird in den meisten europäischen Ländern das aktive und passive Wahlrecht für Frauen eingeführt. Ist es in Finnland schon Anfang des Jahrhunderts soweit, dauert es beispielsweise für die Frauen in der Schweiz bis 1971.

1906	Finnland
1913	Norwegen
1915	Dänemark
	Island
1918	Estland
	Deutschland
	Österreich
	Ungarn
	Lettland
	Polen
1919	Niederlande
	Luxemburg
	Litauen
1920	Tschechoslowakei
	Albanien
1921	Schweden
1928	Großbritannien
	Irland
1931	Spanien
	(1976) Portugal
1934	Türkei
1944	Frankreich
	Bulgarien
1945	Italien
1946	Jugoslawien
	Rumänien
1948	Belgien
1952	Griechenland
1971	Schweiz
1984	Liechtenstein
1990	Kanton Appenzell Innerrhoden, Schweiz



Im internationalen Vergleich:

Von Wyoming bis Saudi-Arabien

Der Bundesstaat Wyoming im Westen der USA ist, wenn es um Frauenrechte geht, weltberühmt. Denn als erster neuzeitlicher Bundesstaat erlaubt er es den Frauen (ab 1869) zu wählen. In Neuseeland erhalten Frauen 1893 das aktive Wahlrecht (1919 das passive), ab 1902 können weiße Frauen im neu gegründeten Commonwealth of Australia zur Wahl gehen. Ab 1918 ist es in Russland für Frauen erlaubt, zu wählen und gewählt zu werden. Es folgen die USA (1920), die Mongolei (1924), Kuba (1934) und die Philippinen (1937). In Japan haben Frauen ab 1947, in China ab 1949 und in Indien ab 1950 umfassendes Wahlrecht. In Afghanistan und im Iran ab 1963, im Irak ab 1980. 1994 findet die erste Wahl in Südafrika statt, bei der alle Frauen und Männer, unabhängig von ihrer Hautfarbe, wählen dürfen. In Kuwait dauert es bis 2005, in Saudi-Arabien bis 2015. /

›SHARE YOUR EXPERIENCE‹

ERFAHRUNGEN

In fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens lassen sich weibliche Vorbilder finden, an denen Frauen sich orientieren können. Sie ebnen den Weg für Nachfolgerinnen und erleichtern es jeder Einzelnen, sich selbst in einer machtvollen Position vorzustellen: „Wenn sie es geschafft hat, kann ich das auch!“ Hier berichten einige dieser Vorreiterinnen von ihren Beweggründen und sagen, worauf es ankommt. Sie machen Mut, es ihnen gleichzutun.



› 1994 war es für mich von Vorteil, eine der wenigen Politikerinnen in dieser Männerwelt zu sein. Viele Lienzener Bürger waren stolz, Tirols erste Bürgermeisterin zu haben. Als meine Kinder klein waren, hätte ich kein politisches Amt annehmen wollen. Andere Frauen entscheiden sich, wie ich, in erster Linie für die Familie. ‹

Helga Machne, erste Bürgermeisterin Tirols, ehemalige Bürgermeisterin von Lienz, ehemalige Nationalrätin, ÖVP (geb. 1938)

Fotos: Privat, ÖVP-Klub, Alexandre Louvet, Privat



› Bürgermeisterin ist ein sehr schönes politisches Amt, weil man sehr nahe bei den Menschen und ihren Sorgen ist, aber auch viele Glücksmomente teilen darf! Besonders motivierend für mich war es, ein Sozialzentrum zu eröffnen, dessen Konzept ich entwickelt und dessen Entstehen ich begleitet habe. ‹

Anna Franz, erste Bürgermeisterin Vorarlbergs, ehemalige Bürgermeisterin von Bezau, ÖVP (geb. 1953)

› Digitalisierung und Automatisierung werden in Zukunft unsere Arbeitswelt radikal verändern, vor allem in den klassischen Bürojobs. Es muss jetzt schon an Maßnahmen gearbeitet werden, damit dies nicht auf Kosten der Frauen geht. ‹

Eva Lichtenberger, ehemalige Landesrätin, EU-Parlamentsabgeordnete und Nationalrätin, GRÜNE (Tirol, geb. 1954)



› Frauen, ihr müsst euch melden! Nehmt euch Beispiele an anderen Frauen, übt, bereitet euch vor und lasst euch nicht einschüchtern. Vor meiner politischen Laufbahn war ich Lehrerin. An meiner Schule habe ich einen Elternverein gegründet und, entgegen der Erwartungen, gesagt: ‚Ich will nicht Schriftführerin werden, ich stelle mich der Obfrauwahl.‘ ‹

Elisabeth Gehrler, ehemalige Bildungsministerin, ÖVP (Vorarlberg, geb. 1942)



KAPITEL 2

› WIR BAUEN AUF STARKE FRAUEN ‹

› UNGLEICH, ABER GLEICHWERTIG ‹

 INTERVIEW

Ulrike Guérot ist Universitätsprofessorin und leitet das Department für Europa-politik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems. Ihr Thema: Die Zukunft der europäischen Demokratie. Im Interview gibt sie Auskunft über das Wahlverhalten von Frauen, spricht über das Erbe der Suffragetten und darüber, welche Schlachten heute noch zu schlagen sind.

Wählen Frauen anders als Männer?

Man kann nicht generell sagen: Frauen wählen eher links, weil sie ein großes Herz haben und sich um die Familie kümmern und Männer wählen eher rechts. Man kann entlang politischer Linien keinen „Gender Gap“ bei Wahlen festmachen. Strukturell zeigen Frauen kein anderes Wahlverhalten als Männer. Was man aber sagen kann, ist, dass es im Prinzip einen „Feminismus Gap“ oder „Sexismus Gap“ gibt: Frauen wählen Männer. Und besonders gerne wählen sie attraktive Männer. Pablo Iglesias, Alexis Tsipras, Emmanuel Macron – das sind tatsächlich junge, attraktive Männer. Die Sozialwissenschaftlerin Eva Illouz beschreibt in ihrem Buch „Warum

Liebe weh tut“ das Konzept des Anerkennungs-marktes, demzufolge Frauen in erster Linie Anerkennung von Männern suchen. Männer bestimmen diesen Markt und damit darüber, was etwas wert ist. Das erklärt, warum – der Beobachtung des Wahlverhaltens von Wählerinnen zufolge – Frauen gerne Männer wählen.

Gibt es denn keinen Geschlechter-zusammenhalt, eine Solidarität unter Frauen? Frauen wählen nicht Frauen?

Nein. Ein Beispiel: Marine Le Pen hat eine ganz klar männliche Wählergruppe. Der durchschnittliche Le Pen-Wähler ist älter, männlich, ungebildet. Man kann also nicht sagen, dass, weil Le Pen eine Frau ist, die Frauen sie jetzt aus Geschlechtersolidarität wählen. Im Gegenteil: Der Front National musste sehr dafür kämpfen, die weiblichen Stimmen zu bekommen. Erst nachdem Le Pen sich ab 2012 für Abtreibung ausgesprochen hat, konnte sie eine bestimmte Zielgruppe liberaler Frauen gewinnen. Auch mit Ségolène Royal gab es bei der Präsidentschaftswahl 2007 in Frankreich keine weibliche Solidarität.

Liegt das daran, wie diese Frauen sich präsentieren?



Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ulrike Guérot
leitet das Department für
Europapolitik und Demokratie-
forschung an der Donau-
Universität Krems.

Es liegt gar nicht daran, dass sie Frauen sind. Nehmen wir Ségolène Royal und Angela Merkel: Das ist nicht der gleiche Frauentyp. Royal trägt High-Heels, Lippenstift, kurze Röcke und hat schöne Beine. Angela Merkel ist zwar eine Frau, sie wirkt aber nicht so. Wir erleben in keiner Weise, dass sie ihre Erotik oder ihre Feminität ausspielt. Die männliche Seite wiederum spielt oft ihre Attraktivität für Frauen aus. Man kann also sagen, dass hier der Typ „schöner Mann“ weiblichen Sexismus bedient, während es bei Frauen offensichtlich – siehe Ségolène Royal – eher problematisch ist, wenn Frauen mit ihrer Erotik, mit ihrer Schönheit punkten wollen. Kein Mensch regt sich auf, wenn ein Mann – wie der deutsche FDP-Politiker Christian Lindner – im Unterhemd Wahlkampf macht. Aber können Sie sich eine Sekunde lang vorstellen, Angela Merkel hätte im Negligé einen Wahlwerbespot gedreht? Die Republik hätte getobt.

Ist diese Ungleichheit ein Grund dafür, dass mehr Männer als Frauen politisch aktiv sind?

Es gelten hier dieselben Argumente, die wir ins Feld führen, wenn es generell um die Benachteiligung von Frauen im Beruf geht. Auch wenn sich das tendenziell gebessert hat, ist Politik immer

noch ein männlich dominiertes Geschäft. Und das heißt: Alle Verhaltensregeln von Männern kommen hier zur Anwendung. Um in der Politik erfolgreich zu sein, braucht man Killerinstinkt, man muss Leute wegbeißen, Macht anstreben. Das alles sind Merkmale, die mit Frauen nicht konform gehen. Frauen wollen nicht unbedingt kämpfen und andere Leute wegbeißen.

Es kann doch nicht das Ziel sein, dass wir sagen: Wir müssen mehr wie Männer agieren, um in die Politik zu kommen. Müssten wir nicht eigentlich die Strukturen verweiblichen?

Hier sind wir bei der heiß umstrittenen Frage der Quote. Ich persönlich war lange gegen die Quote, weil ich auch zu den Frauen gehört habe, die sagen: „Ich hab's geschafft, jede kann es schaffen, wenn sie will.“ Mit zunehmendem Lebensalter bin ich jetzt für die Quote, weil sie die männlichen Machtstrukturen durchbrechen kann und endlich auch das Argument knackt, dass jeder Mann automatisch kompetent sei, nur weil er arbeitet. Die Quote würde dafür sorgen, dass wir – zynisch gesagt – mindestens genauso viele unqualifizierte Frauen in wichtigen Jobs haben wie es heute unqualifizierte Männer in wichtigen Jobs gibt, eben weil es für sie bislang keinen

anderen Lebensentwurf gibt. Frau hat Kinder, Karriere oder beides, die hat ja verschiedene Lebensentwürfe. Was die Quote angeht, gibt es soziologische Studien darüber, wann die Machtstrukturen brechen. Es fängt bei 40 Prozent Frauenanteil an, dass die Männer ihr Verhalten an den weiblichen Rahmen anpassen müssen.

Wären Frauen eigentlich die besseren Politiker?

Es ist erwiesen, dass Frauen sachorientierter sind als Männer und nicht unbedingt ihr eigenes Vorankommen in den Vordergrund stellen. Das Problem aber ist, dass sie im politischen Raum immer dafür sorgen müssen, dass sie gewählt werden. Mit Sachargumenten im Sinne von „wir müssen den Gürtel enger schnallen“ gewinnt man aber nicht unbedingt Stimmen. Und deshalb ist eine Frau nicht nur von ihrem Sozialverhalten sondern auch von dieser Sachorientierung her strukturell in der Politik benachteiligt. Daher heißt nur eine Quote zu erfüllen und 40 Prozent Frauen in der

Politik zu haben, noch lange nicht, dass Frauen auch für frauentypische Themen kämpfen. Die Hälfte aller Posten mit Frauen zu besetzen, macht allein noch keine Frauenrechtspolitik.

—
Das heißt: Männer, die sich für Frauenthemen einsetzen und feministische Politik betreiben – wie etwa der kanadische Präsident Justin Trudeau – müssten wir eigentlich gendernmäßig als Frau werten und zur Quote dazurechnen?

Genau. Die letzten 30 Jahre Gendertheorie von Judith Butler & Co hat hervorragende Arbeit geleistet. Sie hilft uns zu sagen: Es geht doch um fortschrittliche Politik, es geht um Gleichstellung, um Gleichwürdigkeit, um Equal Pay. Es geht nicht um Gleichheit. Frauen und Männer sind nicht gleich, wir sind ganz ungleich. Nur: In dieser Ungleichheit müssen wir gleichwertig sein. Und das wäre der politische Kampf. Ob Sie diesen Kampf mit Männern oder mit Frauen betreiben, ist völlig egal.



—
Ulrike Guérot plädiert für 40 Prozent Frauenanteil in Wirtschaft und Politik, um männliche Machtstrukturen aufzubrechen.

Man vergisst leicht, wie hart das Wahlrecht erkämpft wurde. Wäre es wichtig, diese Errungenschaft wieder ins Bewusstsein zu heben?

Die Frauen haben das Wahlrecht von den Männern nicht bekommen und schon gar nicht geschenkt. Es wurde erkämpft, mit Tod, mit Blut und mit Gewalt. Es war höchst brutal, das sollten wir nicht vergessen.

Anfang des 20. Jahrhunderts gab es nur männliche Journalisten, weil also Männer die Deutungshoheit hatten, wurde über die Suffragettenbewegung nicht berichtet. Daraufhin haben die Suffragetten Gewalt angewendet, haben in London Postkästen in die Luft gesprengt, um Aufmerksamkeit zu erregen. Als das immer noch nicht reichte, ist Emily Davison bei einem Pferderennen 1913, bei dem König Georg V und Kameralleute aus aller Welt anwesend waren, mit einem Plakat vor ein Pferd gesprungen. Sie ist wortwörtlich für das Frauenwahlrecht gestorben. Ihr Foto ging um die ganze Welt, die Bewegung konnte nicht mehr unterdrückt werden.

Dass nach dem ersten Weltkrieg im Zuge der Republikgründungen in Österreich, Deutschland und einigen anderen Ländern das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, das muss man ganz klar benennen, war nur möglich, weil es den Männern abgerungen wurde.

Heute sind Frauen und Männer rechtlich gleichgestellt, der Kampf um die Emanzipation der Frauen scheint sich abgekühlt zu haben. Ist das tatsächlich so?

Der erste Satz der Menschenrechtserklärung ist ein Erbe der Französischen Revolution: „Alle Menschen sind geboren frei und gleich in ihren Rechten.“ 1789, zur Zeit der Französischen Revolution, galt das natürlich nur für die Männer. Die Suffragetten der ersten Stunde haben gesagt: Alle Menschen, könnte das vielleicht auch

für die Frauen gelten? 1918 wurde erkämpft, dass die Universalität der Menschenrechte auch für Frauen gilt. Diese aufklärerischen und emanzipatorischen Debatten müssen immer wieder aufs Neue geführt werden. Gerade sind wir dabei, wieder an Emanzipation zu verlieren. Es gibt ganz starke Korrelationen zwischen einer politischen Debatte über Nationalismus und Populismus und einem konservativen Frauenbild. Keine Abtreibung, Frauen an den Herd. Das lässt sich auf alles anwenden, was unter dem Stichwort „Femonationalismus“ steht. Menschen, von denen wir jetzt nicht gerade feministische Argumente erwarten, wie zum Beispiel in Deutschland von den Mitgliedern der AfD, spielen sich auf einmal als Beschützer von Frauen auf. Dahinter steht im Grunde, dass Männer Kontrolle über die Frauen wollen. Vermeintlich sind wir im 21. Jahrhundert angekommen und vermeintlich sind Frauen und Männer auch gleichgestellt. Dass wir aber in diesen nationalistischen Debatten wieder alte Gender-Schlachten führen, dass Männer wieder Kontrolle über Frauen wollen und dass dies eine der Ziehkkräfte für Nationalismus und Populismus ist – das darf man nicht vergessen.

Wir dürfen uns also nicht ausruhen auf den Errungenschaften der Suffragetten. Es gibt noch Schlachten zu schlagen?

Absolut. Heute machen wir den nächsten Schritt: gleiche Bezahlung, Equal Pay. Wir haben immer noch Einkommensunterschiede von 20 Prozent. Die emanzipatorische Agenda ist nie zu Ende, ist immer zyklisch. Die Geschichte ist eine Abfolge von Öffnungs- und Schließungsagenden, was die Emanzipation betrifft. Wir haben jetzt nach 30 Jahren Öffnung überall in Europa homophobe, antifeministische Bewegungen, wir sind mitten in einer Schließungsagenda. Und nie galt es so sehr wie heute, Frauenrechte zu verteidigen. /

›100 JAHRE FRAUEN- WAHLRECHT‹

1919–2018

Das Jahr 1918 gilt als der Startschuss für ein Jahrhundert, in dem Frauen und ihre Anliegen endlich Einzug in die politischen Institutionen halten. In diesen 100 Jahren brachten zunächst die zwei Weltkriege massive Rückschläge für jegliche Gleichstellungsprozesse. Doch seither ist viel passiert, wurde vieles erreicht.

Der 16. Februar 1919 ist ein historischer Tag für Österreich. Bei der ersten Nationalratswahl der neuen Republik sind Frauen erstmals wahlberechtigt und für den Einzug in den Nationalrat wählbar. Die größten wahlwerbenden Parteien (die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Christlichsoziale Partei sowie die Großdeutsche Volkspartei) stehen zum ersten Mal vor der Herausforderung, die weibliche Bevölkerung für sich zu gewinnen.

Die neue Wählerinnenschaft
Aufgrund ihrer Unerfahrenheit

als politische Akteurinnen spricht man den Frauen häufig keine eigene Meinung zu, vielmehr wird erwartet, dass sie die Wahlpräferenzen ihrer Ehemänner oder anderer Autoritäten übernehmen. Männliche Einflussnahmen finden wohl auch tatsächlich statt, wie die damalige Erstwählerin Angela Weinberger berichtet: „Mein Chef hat mir damals schon gesagt, wie ich mich verhalten soll und was ich wählen soll, er war ja selber ein großer Sozialdemokrat.“ Trotz der Vermutung, dass sich die proletarischen Frauen aktiver an den Wahlen beteiligen

Fotos: David Liuzzo, CS/hildegardburjan.at, Fotosammlung Vorarlberger Landtag

1919

16. Februar 1919: Bei der ersten Nationalratswahl der neuen Republik sind Frauen erstmals voll wahlberechtigt (aktiv und passiv).

1934



In der Maiverfassung des autoritären christlichsozialen „Ständestaats“ wird die Gleichheit der Geschlechter eingeschränkt.

werden als Frauen aus dem christlichsozialen Segment, in dem das Bild der politisch aktiven Frau bis 1918 vollständig abgelehnt wird, erhalten die Christlichsozialen die Mehrheit der Wählerinnenstimmen. Das verdanken sie mitunter dem Umstand, dass in den traditionell christlichsozial geprägten Bundesländern Kärnten, Tirol und Vorarlberg, in denen Frauen weniger politisiert sind, Wahlpflicht herrscht.

Politikerinnen der ersten Stunde

Insgesamt geht die Sozialdemokratische Partei mit 1,2 Millionen Stimmen als stärkste Kraft aus diesen Wahlen hervor und stellt 72 Abgeordnete in der Nationalversammlung – sieben davon sind Frauen: Anna Boschek, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel und Marie Tusch. Mit Hildegard Burjan, der einzigen Christlichsozialen, sitzen nun acht Frauen im neu gewählten Parlament. Im September 1920 zieht mit Lotte Furreg schließlich auch

noch eine Vertreterin der Großdeutschen Volkspartei in die Konstituierende Nationalversammlung (1919-1920) ein. Olga Rudel-Zeynek, die von 1920 bis 1927 für die Christlichsozialen im Nationalrat sitzt, wird als Vertreterin der Steiermark erste Präsidentin des Bundesrates. In der provisorischen Tiroler Landesversammlung 1918/1919 ist mit der deutschfreiheitlichen Marianne Schneider eine Frau vertreten, in den damaligen „Tiroler Nationalrat“ ziehen nach den Wahlen 1919 zwei Frauen, eine Sozialdemokratin und eine Christlichsoziale, ein. Erst 1959 kommen in Vorarlberg mit Elfriede Blaickner (ÖVP) und Anna Mayr (SPÖ) die ersten Frauen in den Landtag.

Frauenpolitik in der Ersten Republik

Aktivistinnen, die zuvor in der bürgerlichen beziehungsweise sozialistischen Frauenbewegung für das Frauenwahlrecht gekämpft hatten, engagieren sich auch in der Zwischenkriegszeit – zum Teil



Hildegard Burjan wird als eine von acht Frauen nach der ersten Nationalratswahl 1919 ins Parlament gewählt. Sie ist die einzige christlich-soziale Abgeordnete.

1945

25. November 1945: Die erste Nationalratswahl der Zweiten Republik findet statt. Helene Postranecky (KPÖ) wird zur ersten Staatssekretärin.

1959



Elfriede Blaickner (li., ÖVP) und Anna Mayr (SPÖ) sind Vorarlbergs erste weibliche Landtagsabgeordnete.



In den Jahren ab 1933 sind Mütterlichkeit und Familienideale wieder zentrale Themen, die auch Inhalt für so manches Werbesujet sind.

innerhalb der Parteien, zum Teil parteiunabhängig. Ein wichtiges frauenpolitisches Anliegen, vor allem für die Sozialdemokratinnen, ist die Entschärfung des Paragraphen 144, das heißt die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Weiters fordern die Politikerinnen eine Novellierung des Ehe- und Scheidungsrechts. Denn die konfessionelle Ehe ist damals die einzige Form der Verheiratung und eine Scheidung nur schwer möglich. Die „Goldenen Zwanziger“ bringen auf rechtlicher Ebene nicht die Freiheit, die die überlieferten Bilder der modernen Frauen mit ihren „Bubikopf-Frisuren“ in den Tanzsalons vermuten lassen. Nur wenig erfolgreich ist die Gründung einer Frauenpartei 1929 auf Initiative von Marianne Hainisch. Diese Partei tritt zeit ihres Bestehens (von 1929 bis 1934) nicht eigenständig bei Nationalratswahlen an. Zur einmaligen Kandidatur als Frauenliste kommt es 1931 bei den Kommunalwahlen in Innsbruck, wobei aber kein Mandat erreicht wird.

Fotos: [Imagno/picturesdesk.com](https://www.imagno.com/picturesdesk.com), Andreas Stögerer

1960

Maria Hagleitner, Vorsitzende des Frauenkomitees der SPÖ Tirol, wird als erste Tirolerin Nationalratsabgeordnete.

1966

Grete Rehor (ÖVP) wird erste Bundesministerin Österreichs.

1971

In Innsbruck organisiert Doris Linser eine Unterschriftensammlung gegen den § 144 und für die Straffreistellung von Abtreibung.

Autoritärer „Ständestaat“

Hatten Frauen mit 1918 gerade erst das Wahlrecht und politische Mitbestimmungsmöglichkeiten erlangt, erlebt der Aufbau frauenpolitischen Engagements nur eineinhalb Jahrzehnte später einen herben Rückschlag. Nach der Ausschaltung des Parlaments 1933 wird mit der Maiverfassung 1934 unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und später seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg der christlich-soziale „Bundesstaat Österreich“ etabliert, in dem nur eine Partei, die Vaterländische Front, zugelassen ist. Das bedeutet auch eine massive Zäsur für die Frauenpolitik: Die Gleichstellung von Mann und Frau in der Verfassung wird relativiert und die gerade erst erreichte und lang erkämpfte politische Partizipation ist durch die Ausschaltung der parlamentarischen Demokratie nicht mehr gegeben. Die neuen berufsständischen Körperschaften werden, mit Ausnahme von zwei Frauen im sogenannten Bundeskulturrat, ausschließlich männlich besetzt.

Hausfrauen- und Mutterideal

Mit der Verherrlichung traditioneller Familienstrukturen und einem überhöhten Mütterlichkeitsideal will man in dieser Zeit dem Geburtenrückgang entgegenwirken und Frauen wieder den Platz im nichtöffentlichen Bereich der Familie zuweisen. Hauswirtschaftsunterricht und Mutterschutz werden ausgebaut, während eine Reihe an frauendiskriminierenden Maßnahmen gesetzt werden. Doppelverdienergesetz (sind beide Ehepartner im Staatsdienst tätig, wird die Frau gekündigt), Lehrerinnenzölibat (vorgeschriebene Ehelosigkeit für Frauen im Schuldienst), Beschränkung des Zugangs zu Verhütungsmitteln – derartige Regelungen lassen Frauen nur wenig Handlungsspielraum abseits der Familie. Jene Frauen, die im christlich-autoritären Ständestaat eine Stimme haben, beispielsweise im Rahmen der Frauenschaft der Vaterländischen Front oder der Katholischen Frauenorganisation, verfolgen innerhalb des konformen Frauen- und

Mütterlichkeitsbildes die Idee, der Familienarbeit den Status als Beruf zuzuerkennen und sie in Form einer Hauswirtschaftskammer zu institutionalisieren. Die Initiative scheitert.

Die Zeit des Nationalsozialismus

Nach dem „Anschluss“ 1938 gilt die nationalsozialistische Ideologie in all ihren Facetten auch für Österreich. Es wird zunächst weiterhin ein mütterlich-traditionelles Frauenbild propagiert, was sich etwa darin zeigt, dass kinderreiche Frauen als Auszeichnung das Mutterkreuz erhalten. Allerdings sind, gemäß der nationalsozialistischen Rassenideologie, nur als „arisch“ eingestufte Frauen als Mütter erwünscht. Jüdische Frauen, Romni und Sintezas, lesbische Frauen oder Zwangsarbeiterinnen werden vom NS-Regime misshandelt, verfolgt und ermordet. Genau so wenig sind ihre Kinder erwünscht: Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen stehen auf der anderen Seite der scheinbar so „pronatalistisch“

1983

Als erste Vorarlbergerin zieht Maria Hosp (ÖVP) in den Nationalrat ein.

1985



Das Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung wird eingerichtet. „Frauen und Gleichstellung“ ist heute in der Abt. Gesellschaft, Soziales und Integration angesiedelt und wird von Monika Lindermayr geleitet.



Frauen gehen für ihre Rechte in der Gesellschaft und auch als Arbeitnehmerinnen auf die Straße - hier bei einer Demonstration in den 1950er-Jahren vor dem Wiener Burgtheater.

ausgelegten NS-Politik. Frauenpolitik bedeutet in der NS-Zeit eine Instrumentalisierung von Frauen durch die politischen Machthaber. So dürfen Frauen vom traditionellen Rollenbild durchaus abrücken, wenn es gilt, weibliche Arbeitskräfte für die Produktion von Rüstungsgütern zu rekrutieren, nachdem männliche Arbeitskräfte zunehmend an die Front geschickt werden. Entgegen des Klischees der „friedfertigen Frau“ sind im NS-Regime Frauen auch aktiv als Täterinnen, als Mitwisserinnen und stille Unterstützerinnen beteiligt. Auf der anderen

Seite stehen auch Frauen, die in organisierten Gruppen und mit solidarischen Aktionen für Verfolgte gegen das Regime Widerstand leisten.

Geschlechterbeziehungen nach dem Krieg

Hunderttausende Männer sind im Krieg gefallen, werden vermisst oder kommen verletzt oder nach teils jahrelanger Gefangenschaft zurück. Diejenigen, die heimkehren, sind psychisch schwer belastet. Die vergleichsweise enorme Scheidungsrate nach 1945 ist ein Parameter für die schwie-

rigen zwischenmenschlichen Beziehungen in dieser Zeit. Politisch gesehen besitzen Frauen nach dem Zweiten Weltkrieg mehr Macht als je zuvor – sie stellen rund 60 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Dies aufgrund der großen Zahl nicht aus dem Krieg zurückgekehrter Männer sowie des Männer stärker betreffenden Entzugs der Wahlberechtigung im Zuge der „Entnazifizierung“. Nach wenigen Monaten einer provisorischen Regierung unter Karl Renner (SPÖ) findet am 25. November 1945 die erste Nationalratswahl der Zweiten Republik statt.

Fotos: www.zwanzigtausendfrauen.at, Andreas Stögerer, Shutterstock, Pressestelle der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, Wien

1986

Wilfriede Hribar (ÖVP) wird erste Vizebürgermeisterin in Tirol.

1990



Das Frauenreferat der Tiroler Landesregierung wird eingerichtet. „Frauen und Gleichstellung“ ist heute in der Abt. Gesellschaft und Arbeit angesiedelt und wird von Elisabeth Stögerer-Schwarz geleitet.

Als klarer Wahlsieger geht mit absoluter Mandatsmehrheit die ÖVP hervor, Leopold Figl wird zum Kanzler ernannt. Der Frauenanteil im Nationalrat beläuft sich auf 5,5 Prozent – ein Wert, der erst ab 1975 deutlich steigt. Mit der Kommunistin Helene Postranecky bekommt Österreich 1945 die erste Staatssekretärin. Ihr Verantwortungsbereich ist die Volksernährung, eine in den wirtschaftlich prekären Jahren nach dem Krieg elementare Aufgabe. In den Familien selbst herrscht bald wieder eine Sehnsucht nach alten Geschlechterrollen, und Frauen als Hausfrauen und Mütter sind bis in die 1960er-Jahre hinein das Gegenbild zu den erlebten Schrecken des Krieges.



Familienrechtsreform 1975:
Der Mann gilt rechtlich nicht mehr als „Oberhaupt der Familie“.

Umstrukturierung von Familie und Geschlechterrollen

Trotz des propagierten Hausfrauenideals machen Frauen schon 1951 ein Drittel der unselbstständig Erwerbstätigen aus – ein Wert, der seitdem stetig ansteigt. Das Arbeitsleben bringt den berufstätigen Frauen nicht nur ein eigenes

Einkommen, sondern auch soziale Kontakte außerhalb der Familie. Technische und medizinische Neuerungen in den 1960er-Jahren, allen voran die Anti-Baby-Pille, bereiten den Boden für Veränderungen im Selbstverständnis von Frauen. Die Zweite Frauenbewegung, die sich in den späten 1960er-Jahren formiert, fordert mehr Selbstbestimmungsrechte für

den eigenen Körper ein. Die Familienrechtsreform, die 1975 während der Alleinregierung der SPÖ umgesetzt wird, soll einen Rahmen schaffen, in dem sich Frauen und Männer als Gleichberechtigte bewegen können. Die zentrale Änderung ist, dass der Ehemann fortan nicht länger als das rechtliche Oberhaupt der Familie gilt. Frauen müssen nicht mehr automatisch den Namen und Wohnort ihres Ehemannes annehmen und benötigen nicht mehr seine Zustimmung, wenn sie eine Erwerbsarbeit aufnehmen wollen. 1975 wird mit der Fristenregelung ein Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten straffrei gestellt. Gegen die Ungleichbehandlung von Frauen am Arbeitsplatz wird 1979 mit dem Gleichbehandlungsgesetz eine rechtliche Grundlage gelegt. Im selben Jahr schafft Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ) gleich zwei Staatssekretariate, die sich mit Frauenanliegen befassen. Aus einem geht 1990 das Bundesministerium für Frauenangelegenheiten hervor, das Johanna Dohnal (SPÖ) übernimmt.

1990



Johanna Dohnal (SPÖ) übernimmt das Bundesministerium für Frauenangelegenheiten.

Die spätere Bildungsministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP) zieht als erste Landesrätin in den Vorarlberger Landtag ein.

1994

Helga Machne (ÖVP) wird erste Bürgermeisterin Tirols in Lienz. Sie ist zugleich erste Bürgermeisterin einer österreichischen Bezirkshauptstadt.

› Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‚weibliche Zukunft‘. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbünde und Weiblichkeitswahn. ‹

Johanna Dohnal
erste österreichische
Frauenministerin
Gastvortrag an der Technischen
Universität Wien, 22. März 2004

Quelle: www.johanna-dohnal.at

Frauen erringen politisch zentrale Ämter

1966 wird Grete Rehor (ÖVP) erste Bundesministerin Österreichs, sie übernimmt das Ministerium für Soziales. Mit Hertha Firnberg stellt die Sozialdemokratische Partei vier Jahre später ihre erste Ministerin – für Wissenschaft und Forschung. Die SPÖ setzt 1985 als erste Fraktion eine interne Frauenquote durch, wenn auch nur für einen Anteil von 25 Prozent. Mit dem Parlamentseinzug der Grünen Alternative übernimmt 1986 erstmals eine Frau, Freda Meissner-Blau, die Funktion einer Klubchefin. Im darauffolgenden Jahr wird Marga Hubinek (ÖVP) die erste Frau im Präsidium des Nationalrates. 1988 ist Heide Schmidt zunächst als FPÖ-Funktionärin erste weibliche Generalsekretärin einer Partei, fünf Jahre später übernimmt sie den Parteivorsitz des von ihr mitbegründeten Liberalen Forums. Für die 1996 zum steirischen Landesoberhaupt ernannte Waltraud Klasnic (ÖVP) ist es wichtig, als „Frau Landeshauptmann“

bezeichnet zu werden. Strenggenommen wählt also erst acht Jahre später Salzburg mit Gabi Burgstaller (SPÖ) die erste „Landeshauptfrau“ Österreichs. Im Kabinett von Wolfgang Schüssel stellt die FPÖ mit Susanne Riess-Passer die erste Vizekanzlerin, Benita Ferrero-Waldner von der ÖVP wird erste Außenministerin. Umgekehrt werden dem Freiheitlichen Herbert Haupt im Ministerium für Soziale Sicherheit und Generationen auch die Frauenangelegenheiten übertragen und Haupt ist damit Österreichs erster „Frauenminister“. Barbara Prammer (SPÖ) übernimmt 2006 als erste Frau die Funktion der Nationalratspräsidentin und damit das höchste bisher von einer Frau bekleidete politische Amt in der Zweiten Republik.

Frauenpolitik heute

Das „Unabhängige Frauenforum“ (UFF) stellt 1997 ein Frauenvolksbegehren auf die Beine, das vor allem auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bürgerinnen zielt: gleiche Chancen am

Illustration: Silke Müller, Foto: Foto Wilke

1994

Elisabeth Zanon und Eva Lichtenberger werden die beiden ersten weiblichen Regierungsmitglieder in Tirol.

1997

645.000 Personen unterschreiben das Frauenvolksbegehren „Alles, was Recht ist“.

1998

Anna Franz (ÖVP) wird erste Bürgermeisterin in Vorarlberg.

Arbeitsmarkt, gerechte Einkommensverteilung, Armutsbekämpfung und ausreichende Pensionen. Rund 645.000 Personen unterschreiben – Dreiviertel davon Frauen – und bringen diese Themen damit auf die politische Agenda des Parlaments. Unter dem Slogan „Es ist Zeit!“ folgt der Verein Frauenvolksbegehren 2.0 im Jahr 2017 diesem Beispiel. Er versucht, den Anliegen von vor 20 Jahren Nachdruck zu verleihen und greift etwa mit den Forderungen nach verbesserten Lebensbedingungen für immigrierte Frauen und nach Kindererziehung abseits von Geschlechterstereotypen neue Themen auf.

Im Nationalrat stagniert der Frauenanteil seit 2002 bei rund 30 Prozent. Seit 2017 ist die Frauenquote von 30 Prozent in Aufsichtsräten gesetzlich verankert, 2018 tritt sie in Kraft. Der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen beläuft sich immer noch auf 21 Prozent. Es bewegt sich etwas, und doch gibt es nach wie vor Gründe genug für frauenpolitisches Engagement. /



2000

Eine Pionierin in der Kommunalpolitik ist Hilde Zach (Bürgerliste „Für Innsbruck“). 2002 ist sie die erste Bürgermeisterin von Innsbruck.

2006



Barbara Prammer (SPÖ) wird Nationalratspräsidentin und übernimmt damit das bisher höchste von einer Frau bekleidete politische Amt in der Zweiten Republik.

›SHARE YOUR EXPERIENCE‹

ERFAHRUNGEN

Große Töchter gibt es auch in Tirol und Vorarlberg. Bürgermeisterinnen, Landes-, Bundes- und EU-Politikerinnen, Frauennetzwerkerinnen und Museumsgründerinnen. Sie alle haben sich von Geschlechterklischees nicht beeindruckt lassen, die politische Macht mit Männlichkeit verbinden. Sie haben Durchsetzungskraft bewiesen und sind zu Gestalterinnen des politischen Lebens geworden. Das führte zu Veränderungen, denn mit Frauen an der Spitze passen sich schließlich auch die Institutionen an weibliche Lebensläufe an.



› Ich wünsche mir, dass junge Frauen die gleichen Möglichkeiten wie ihre männlichen Kollegen bekommen. Solange wir das Thema Gleichstellung thematisieren müssen, haben wir sie noch nicht erreicht. Die Errungenschaften der vergangenen 100 Jahre zeigen uns, dass der Weg ein langer, zugleich aber auch fruchtbringender ist. ‹

Barbara Schöbi-Fink,
Landesrätin Vorarlberg, ÖVP (geb. 1961)

Fotos: Land Vorarlberg/Serra, Land Vorarlberg, Photo Simonis/Wien, FPÖ, Tiziana Condito, Johannes Zinner

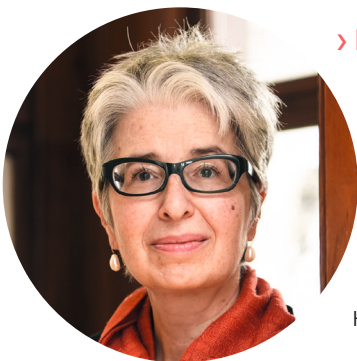


› Ich sehe, dass die Gleichberechtigung heute nicht mehr in Frage gestellt wird. Wir müssen aber weiterhin hartnäckig daran arbeiten, die vielen kleinen Blockaden, auf die Frauen im täglichen Leben stoßen, Stück für Stück abzubauen. Je mehr Frauen dazu aktiv beitragen, umso schneller werden wir am Ziel sein. ‹

Sonja Ledl-Rossmann, Präsidentin des Tiroler Landtages, ÖVP (Tirol, geb. 1974)

› Jeder Mensch hat seine eigenen Ideen, wie das menschliche Miteinander gut funktionieren kann, und somit ist jeder Mensch zu einem gewissen Grad politisch. Schnell wurde mir klar, dass die Politik die Frauen genauso braucht wie die Frauen die Politik brauchen. Ich habe mit meinem Engagement als Abgeordnete meine Berufung gefunden. ‹

Carmen Schimaneck, Nationalrätin, Bundesobfrau der Initiative Freiheitliche Frauen (Tirol, geb. 1965)



› Frauenemanzipation ist ohne Kenntnis von Frauengeschichte nicht möglich. Es war und ist mir ein Anliegen, Reflexionsprozesse über die gesellschaftliche Bedingtheit von Geschlechterrollen anzuregen und damit mich selbst und andere zur bewussten Gestaltung von Alltag, Geschichte und Gesellschaft zu ermächtigen. ‹

Elisabeth Stöckler, Gründerin des Frauenmuseums Hittisau, Vorarlberg (geb. 1963)

› Ich bin über die SPÖ-Frauen zur Politik gekommen. Hier gab es einen großen Zusammenhalt. Unterstützung kam aber durchaus auch von Männern. Wie wichtig eine gut organisierte, durchsetzungsstarke Frauenorganisation ist, habe ich immer wieder erlebt. ‹

Selma Yildirim, Nationalrätin, Gemeinderätin, SPÖ (Tirol, geb. 1969)





KAPITEL 3

› ES DÜRFEN RUHIG NOCH MEHR WERDEN ‹

› DAS SAGEN DIE JUNGEN ‹

AKTUELLE THEMEN

Neuer Feminismus oder konservativer Rückschritt? Wahrscheinlich gilt beides. Junge Frauen unterstützen mehrheitlich das Vorhaben der Gleichstellung der Geschlechter. Und doch wünschen sich viele altbekannte Rollenmuster. Über die Situation der Jungen und aktuelle feministische Themen.

Manche meinen, gleichstellungspolitisches Engagement sei für junge Frauen nicht mehr attraktiv. Sie werfen dem Feminismus Weltfremdheit und moralische Strenge vor. Tatsächlich hat Feminismus viele Gesichter, er zeigt sich in Form von politischen Bewegungen, akademischen Analysen und Denkrichtungen. Sein großes Ziel ist Geschlechtergerechtigkeit und damit gleiche Chancen auf ein gutes Leben für alle.

Ausbildung und Beruf

In der Lohnschere zwischen Männern und Frauen manifestieren sich deren unterschiedliche Präferenzen in der Berufs- und Studienwahl. Mädchen entscheiden sich nach wie vor am häufigsten für die Lehrberufe Einzelhandel, Bürokauffrau und Friseurin, während die Top-Drei bei Burschen allesamt technische Berufe sind, die im Durchschnitt besser bezahlt werden.

Seit dem Wintersemester 1999/2000 studieren an den öffentlichen Unis in Österreich mehr Frauen als Männer. Die von Frauen bevorzugten Studienrichtungen Psychologie und Publizistik sind jene, die nach Abschluss die geringsten Einstiegsgehälter einbringen, wohingegen die mehrheitlich männlichen Absolventen der technischen Studienrichtungen mit hohen Einkommen rechnen können. In weiterer Folge ist die Geburt eines Kindes der häufigste Grund für das Ende von weiblichen Karrieren. Ab dem Alter von 30 Jahren ist daher ein Anstieg der weiblichen Teilzeitbeschäftigten zu beobachten. Da sich Berufslaufbahnen von Männern und Frauen in dieser Weise aufspalten, verfestigen sich trotz gleicher Ausbildungsgrade traditionelle Rollenbilder: Der Mann ernährt die Familie, die Frau versorgt die Kinder und verdient dazu. Das führt immer noch zu ökonomischer Abhängigkeit, Armut bei Alleinerzieherinnen nach einer Trennung, einer Verringerung der Möglichkeiten für Frauen. Es wundert also nicht, dass sich manche Frauen entscheiden, keine Kinder zu bekommen.

Diskriminierung und Gewalt

Die häufigsten Diskriminierungsfälle, die bei der Gleichbehandlungsanwaltschaft einlangen, beziehen sich auf das Geschlecht und betreffen die Arbeitswelt: geringe Bezahlung, das Verwehren

von Aufstiegsmöglichkeiten, unzulässige Fragen seitens des Arbeitgebers nach einer möglichen Schwangerschaft und auch sexuelle Belästigung. Diese Diskriminierungsformen sind zwar laut Gleichbehandlungsgesetz verboten, aber trotzdem für jährlich tausende Frauen in Österreich Realität. Dreiviertel aller Frauen haben zumindest einmal in ihrem Leben sexualisierte Belästigung erfahren, jede Dritte wurde Opfer von sexueller Gewalt. Das Alter spielt auch beim Thema Gewalt mit: Frauen unter 30 werden doppelt so oft geschlagen wie ältere. Mit der #MeToo Kampagne, die im Herbst 2017 in den Medien auf unzähligen Internetportalen Furore gemacht hat, wurde die Tragweite des Problems ins gesellschaftliche Bewusstsein gerufen.

Die Sache mit dem Körper

Der weibliche Körper wird allzu oft als Motiv für Werbezwecke benutzt und dazu meist sehr einheitlich dargestellt: schlank, weiß, jung. Ein Ideal wird kreiert, Andersartigkeit abgewertet. Das kann zu einer negativen Selbstwahrnehmung und bis hin zu Essstörungen führen. Vor allem junge Frauen sind häufig davon betroffen. Ein Gegenmittel ist es, sogenannte „Body Positivity“ zu propagieren, also eine positive Einstellung zum Körper. In feministischen Kreisen werden Alltagspraktiken wie Rasieren, Schminken, Essen und Sport zur Diskussion gestellt. Sie verdeutlichen die unterschiedlichen Regeln, die dabei für weibliche und männliche Körper gelten; an welchen Stellen Frauen Haare haben „dürfen“, wie sich „richtige“ Männer zu pflegen haben, wo am Körper Masse erwünscht ist und wo nicht. Schmerzlich bewusst werden diese Regeln auch Menschen, die sich im Mann-Frau-Denken nicht wiederfinden. „Queer“ (englisch für sonderbar, verschoben) ist der Begriff, unter dem sich viele Geschlechteridentitäten zusammenfinden. Darunter fallen lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle Personen, zusam-

› In der Lohnschere zwischen Männern und Frauen manifestieren sich deren unterschiedliche Präferenzen in der Berufs- und Studienwahl. ‹

mengefasst in dem Kürzel LGBTI. Sie versuchen oft mit besonderer Mühe, sich den männlichen oder weiblichen Körnernormen anzupassen - oder werden diskriminiert, wenn sie es nicht tun.

Politische Teilhabe

Im Wahlverhalten zeichnet sich bei jungen Frauen und Männern ein Unterschied ab: Erstere stimmten 2017 häufiger für die Grünen, letztere wählten mehrheitlich FPÖ und ÖVP. Aber auch das Interesse an politischen Prozessen fällt unterschiedlich aus: Während männliche Erstwähler zu 35 Prozent wenig oder gar nicht an Politik interessiert sind, sind es bei weiblichen gar 44 Prozent. Allerdings hat sich hier seit den letzten Wahlen die Schere schon deutlich geschlossen, genauso wie bei der Wahlabsicht, die unter beiden Geschlechtern annähernd gleich ausgefallen ist. Nur beim Wissen über die Parteien lagen die Erstwählerinnen gegenüber männlichen Vergleichspersonen leicht hinten. Initiativen wie etwa das Vorarlberger Mädchenparlament oder eigene Politiklehrgänge sollen jungen Frauen die Politik näher bringen. Sechs junge Frauen berichten im Folgenden von diesen Initiativen und verraten, was sie bewegt.



**Eva Steibl (23),
Vorsitzende VSSTÖ Innsbruck**

Angesichts von rund 54 Prozent weiblichen Universitätsabsolvent_innen¹ könnte man meinen, hier herrsche bereits Gleichstellung. Aber: Zur Zeit sind lediglich sieben der Universitätsrektor_innen in Österreich weiblich. Eine Maßnahme zur Verbesserung dieser Situation kann sein, eine Vernetzungsplattform für Frauen zu schaffen. Weiters braucht es den offenen Hochschulzugang, denn Beschränkungen drängen Frauen statistisch gesehen öfter aus dem Hochschulbereich. Ich bin Feministin und versuche andere davon zu überzeugen, dass Feminismus wichtig ist. Solange etwa Frauen das Recht über ihren eigenen Körper abgesprochen wird, Übergriffe auf Frauen als Kavaliersdelikt abgetan werden und jede fünfte Frau von häuslicher Gewalt betroffen ist, sehe ich es als meine Aufgabe, diese Umstände aufzuzeigen und zu ändern.

¹ Der Gender-Gap lässt Raum für das, was zwischen weiblich und männlich liegt.



Adela Đulović (20), Vorarlberger Mädchenparlament

Kann es denn sein, dass junge ambitionierte Frauen, zu denen auch ich zähle, in eine Zukunft blicken, in der sie weniger verdienen als ihre männlichen*² Kollegen? Als Studentin werde ich mich in einigen Jahren dem Arbeitsmarkt stellen und es nicht hinnehmen, rund 20 Prozent weniger Lohn als ein Mann* zu erhalten. Ich werde es auch nicht hinnehmen belehrt zu werden, wenn ich zweifle, ob ich Kinder haben will. Wir Frauen*, die sich für ein kinderloses Leben entscheiden, sind sicherlich keine Kinderhasserinnen*. Wir sind auch nicht karrieregeil. Das Erziehen von Kindern ist für manche Menschen nicht befriedigend. Und für diesen Standpunkt erhalten wir oftmals nur Verständnislosigkeit. Deshalb denke ich, dass es heute noch großen Diskussionsbedarf im Bereich der Gleichstellung gibt.

² Mit dem Gender-Sternchen wird die Vielfaltigkeit von Geschlecht sichtbar gemacht.



Theresa Auer (26), Vorsitzende des Tiroler Jugendbeirats

Wie es mir als einziges weibliches Mitglied im Vorsitz des Jugendbeirats geht? Sehr gut! Insbesondere deshalb, weil die Frage nach Geschlecht bei uns nie wirklich Thema ist. Das fällt Außenstehenden viel häufiger auf als uns Mitgliedern. Genau das ist der Punkt, der mir im Bereich der Genderpolitik ein großes Anliegen ist: Es sollte selbstverständlicher werden, dass Frauen leitende Positionen einnehmen! Warum sollte etwa nicht auch über einen weiblichen Bundeskanzler nachgedacht werden? Was mir als Bundeskanzlerin wichtig wäre: Es sollten endlich alte, aber noch immer aktuelle Forderungen umgesetzt werden. So besteht in der Potenzialorientierung und Inklusion in der Schulbildung noch viel Handlungsbedarf. Ebenso würde ich mir wünschen, dass Frauen für gleichwertige Arbeit auch gleich entlohnt werden.



**Angela Aliche (36),
Frauennetzwerk Vorarlberg**

Das Leben ist für mich ein Lern- und Reifungsprozess. Als ich zum Frauennetzwerk kam, fiel es mir schwer, vor Leuten zu sprechen. Dies hat sich geändert! Der Politikerlehrgang des Landes Vorarlberg hat mich sehr in meiner Persönlichkeitsbildung bestärkt. Ich habe mich im Laufe der Jahre mit dem Frauennetzwerk positiv weiterentwickelt und profitiere ungemein davon. Meine Familie, der Job, die Schule, die Freizeitaktivitäten der Kinder und das Ehrenamt verlangen meinem Leben einiges ab. Wie viele junge Frauen versuche ich oft, es allen recht zu machen und vergesse dabei auf die eigenen Bedürfnisse. Dies habe ich heuer abrupt geändert. Ich habe gelernt, wieder auf mich selbst zu hören, mich wahr und wichtig zu nehmen und meine Bedürfnisse zu stillen. Diesen Ratschlag werde ich allen Frauen geben.



**Rebekka Mayr (30), Verein
ARANEA-Mädchenzentrum**

Bei ARANEA bieten wir geschlechtssensible Mädchenarbeit an mit dem Ziel, mehr Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Deswegen setzen wir uns bewusst für die Anliegen von Mädchen ein und orientieren uns an ihren Bedürfnissen. ARANEA ist ein geschützter Raum für Mädchen, in dem sie sich frei ausprobieren können. Oder wie es eine unserer Besucherinnen formuliert: „Endlich ein Ort, wo man nicht ständig angebaggert wird!“ Die Mädchen können hier zum Beispiel handwerken, basteln, kochen, Videospiele, Gitarre oder Tischfußball spielen. Es ist schön zu sehen, wie sie dabei ein stärkeres Selbstbewusstsein entwickeln. Wesentlich ist außerdem die niederschwellige, kostenlose und freiwillige Beratung. Wir bauen die Mädchen auf und sind sozusagen ein zweites Zuhause, wenn es ihnen nicht gut geht.



**Karin Fitz (41),
Verein Amazone**

Unsere Erfahrungen zeigen, dass weibliche Jugendliche ein distanzierteres Verhältnis zur etablierten Politik haben als männliche. Sie stehen den Formen der Beteiligung skeptischer gegenüber und nutzen Partizipationsmöglichkeiten seltener. Mädchen erfahren oft, dass ihre Stimme nicht gehört wird. Das in der Öffentlichkeit vorherrschende Bild von politischem Engagement mit dem Ziel, eigene Vorstellungen durchzusetzen, stößt bei Mädchen eher auf Ablehnung. Politische Prozesse verstehen zu wollen und selbst darauf Einfluss nehmen zu können, ist jedoch ein grundlegender Baustein dafür, sich längerfristig zu engagieren. Mädchen werden daher bei uns im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe sensibilisiert, gestärkt und gefördert. Dabei versuchen wir, der Vielfalt an Lebenskonzepten gerecht zu werden.

›SHARE YOUR EXPERIENCE‹

ERFAHRUNGEN

Im Vergleich zu anderen politischen Ämtern ist der Frauenanteil unter den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen besonders niedrig. Im März 2017 standen nur 157 Frauen an der Spitze der Gemeindevertretungen - das sind 7,5 Prozent! Die erste Ortschaftsfrau Österreichs war die Sozialdemokratin Zenzi Hölzl, sie leitete ab 1948 die Gemeinde Gloggnitz (NÖ). Folgende Bürgermeisterinnen aus Tirol und Vorarlberg haben sich gegen ihre männlichen Konkurrenten durchgesetzt. Wie ist es dazu gekommen? Und was raten sie anderen interessierten Frauen?



› Das Frauenwahlrecht hat für mich persönlich eine direkte Auswirkung: Es ist die Voraussetzung dafür, dass ich mich als Bürgermeisterin politisch engagieren kann. Als solche gehe ich meinen Weg und möchte andere Frauen dazu motivieren, sich in Gesellschaft und Beruf in die erste Reihe zu stellen. ‹

Christine Oppitz-Plörer, Vizebürgermeisterin von Innsbruck, Bürgerliste „Für Innsbruck“ (geb. 1968)

Fotos: fotowerk aichner, Privat, Linder, Darko Todorovic



› Ich war vor meinem Amt viel auf Reisen. In anderen Ländern lernt man erst zu schätzen, was wir hier in Österreich haben. Und doch gibt es auch bei uns immer wieder neue Herausforderungen. Mir ist es wichtig, offen zu sein. Zu hören, wo es Missstände gibt und dann zu sagen: „Ok, gehen wir das Projekt gemeinsam an!“ ‹

Annette Sohler, Bürgermeisterin von Lingenau, Lingenauer Bürger- und ÖVP-Liste (geb. 1980)

› Wir Frauen sind gefordert, für uns selbst einzustehen, denn wenn wir es nicht tun, wer dann? Dass wir das gut können, haben schon viele Vorreiterinnen gezeigt, Bertha von Suttner, die zu ihrer Zeit Großes geleistet hat, ist mein persönliches Vorbild. ‹

Erika Rogl, Bürgermeisterin von Kals am Großglockner, Liste „Erika Rogl“ (geb. 1966)



› Frauen, engagieren Sie sich – die Möglichkeiten sind vielfältig! Mit der Bereitschaft mitzuwirken erweitert sich auch der eigene Horizont und Sie erwerben neue Kompetenzen. Wer gut organisieren, zuhören, vermitteln und erklären kann und Spaß am Engagement hat, bringt die besten Voraussetzungen für das Amt der Bürgermeisterin mit. ‹

Andrea Kaufmann, Bürgermeisterin von Dornbirn, ÖVP (geb. 1969)

›REGIONAL, KOMMUNAL, FEMININ‹

SIEBEN THESEN FÜR EINE WEIBLICHERE POLITIK IN STADT UND LAND.

VON KATHRIN STAINER-HÄMMERLE

Die folgenden sieben Thesen sollen dazu beitragen, diese Welt etwas gerechter zu machen - in der Überzeugung, dass gelebte Gleichstellung für beide Geschlechter ein großer Gewinn ist.

Erste These

Es geht um bessere Ergebnisse in der Politik. Das Argument, dass nach jahrhundertelanger Herrschaft der Männer nun die Frauen an der Reihe wären, führt nicht zum Ziel. Vielmehr geht es bei gerechter Vertretung der gesellschaftlichen Gruppen um bessere Ergebnisse in der Politik. Die Idee der repräsentativen Demokratie besteht darin, dass die Parlamente das Abbild der Bevölkerung sind. Im Vordergrund steht daher das Diskutieren möglichst vieler Zugänge, Erfahrungen und Hintergründe.

Doch nicht nur die inhaltliche Qualität steigt mit der Diversität, auch der Umgang miteinander verbessert sich in gemischten Teams.

Zweite These

Gehen qualifizierte Frauen, sind die Dörfer rasch leer. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat mit seiner Studie „Not am Mann“ 2007 gezeigt: Regionen verarmen - sozial, wirtschaftlich und demografisch - wenn als erstes junge Frauen abwandern. Sie finden leichter anderenorts einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz als junge Männer, und sie leiden mehr unter den traditionellen Geschlechterrollen in der Heimatgemeinde. Ihr Fortgehen beschleunigt den wirtschaftlichen und sozialen Erosionsprozess. Daher ist es vor allem am Land unerlässlich, qualifizierten jungen

Frauen eine Perspektive zu geben. Diese kann auch darin bestehen, dass sie mitreden und mitentscheiden können.

Dritte These

Kommunale Zukunftsthemen sind weibliche Domänen. Das österreichische Kommunalbarometer 2015 hat erhoben, dass für Bürgermeisterinnen Kinderbetreuung neben Pflege in den Gemeinden höchste Priorität hat. 64,3 Prozent messen ihr eine sehr hohe Bedeutung zu. Frauen kennen hier die Antworten am besten, auch wenn Familienarbeit selbstverständlich nicht mehr ihre alleinige Verantwortung sein darf. Das kostenlose und unsichtbare Erledigen aller Betreuungspflichten werden Frauen in Zukunft nicht mehr in diesem Ausmaß übernehmen. Es gilt, neue Wege zu finden, diese Leistung zu würdigen

und zu professionalisieren. Weibliche Expertise sollte hier anerkannt und genutzt werden.

Vierte These

Ein kommunikativer Führungsstil führt öfter zu Ergebnissen als ein autoritärer. Ein gängiges Stereotyp lautet: Männer führen, Frauen sind fürsorglich. Hauptaufgabe der Politik wird es in Zukunft sein, die immer weiter auseinanderdriftenden Interessen wieder zusammenzuführen. Hier könnte der vermeintlich weibliche Verhandlungsstil große Vorteile bringen. Denn Frauen geht es weniger um die Durchsetzung der eigenen Interessen, sondern meist um das größere Ganze. Sie sind oft eher auf Harmonie bedacht, sind vielleicht auch sensibler im Erkennen, was den anderen zuzumuten ist. Auch wenn sie meist nur dazu erzogen wurden.

Fünfte These

Wenn Politik für Männer unattraktiv wird, schlägt die Stunde der Frauen. Dies ist eine pessimistische These. Der rasante Imageverlust der Politik könnte aber den Gleichstellungsprozess beschleunigen: Wenn die Männer nicht mehr für politische Ämter zu gewinnen sind, müssen Frauen erst recht zugreifen. Das Verhältnis zur



MMag.^a Dr.ⁱⁿ Kathrin Stainer-Hämmerle wurde in Hohenems geboren und studierte Politik- und Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck.

Macht ist bei Frauen jedoch oft ein gestörtes. Macht ist aber notwendig, um etwas zu verändern. Frauen müssen auch ihre hohen Ansprüche über Bord werfen. Eine Aufgabe annehmen erfordert gründliche Vorbereitung, und das braucht Zeit. Doch manche Chancen wollen sofort ergriffen werden.

Sechste These

Die Veränderung muss in den Köpfen stattfinden. Aufgrund bestimmter Rollenerwartungen haben es Frauen in der Öffentlichkeit oft schwer. Wollen sie kompetent wirken, verkleiden sie sich als Männer. Wollen sie weiblich sein, spricht man

ihnen Führungsqualität und Entscheidungsfähigkeit ab. Durchsetzungsstarke Männer sind sexy, dominante Frauen nicht. Wir vertrauen tiefen Stimmen, hohe Töne gelten rasch als hysterisch. Wie feminines Führungsverhalten aussehen kann, wie Frauen machtvoll agieren können, ohne auf ihre Weiblichkeit zu verzichten, ist ein Experiment mit offenem Ausgang. Dazu braucht es noch viele Role-Models.

Siebte These

Frauen, es ist Zeit ... Es geht nur miteinander, nicht gegeneinander. Netzwerken ist das Zauberwort in der Politik. Doch frau braucht auch die ideelle Unterstützung bei ihrer Entscheidung für politisches Engagement. Dafür Beistand bei den Männern zu finden ist schwer, Solidarität von den Frauen zu erwarten aber ebenso häufig enttäuschend. Zu unterschiedlich sind wir Frauen in unseren Haltungen, Werten, Zielen und Ideologien. Wir müssen unsere unterschiedlichen Zugänge und Lebensentwürfe akzeptieren und ein Nebeneinander ermöglichen. Und ja: Männer, es ist auch für euch Zeit, Frauen in der Politik zu fördern. Es wird eine Bereicherung für alle sein, davon bin ich überzeugt. /

